

PETER TREUNER

Zur Dialektik von Konzept und Pragmatik bei der Durchführung von Projekten der Stadt- und der Regionalentwicklungsplanung in Entwicklungsländern

I. Grundsätzliche Vorbemerkungen

(1) In den folgenden Überlegungen wird der Versuch unternommen, Erfahrungen sehr unterschiedlicher Art¹ auf ihre Konsequenzen für die Aus- und Umgestaltung internationaler Zusammenarbeit im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung hin zu untersuchen. Angesichts der aus der heimischen Diskussion bestens bekannten Vielschichtigkeit der Probleme, der Heterogenität der so einfach als „Entwicklungsländer“ zusammengefaßten staatlichen Gebilde und der

trotz allen Bemühens um Distanz einseitigen und emotional belasteten Erfahrungen des Verfassers dürfen Allgemeingültigkeit beanspruchende Thesen oder Schlußfolgerungen grundsätzlich nicht erwartet werden. Dennoch scheint es zweckmäßig, ja geboten zu sein, in die für manchen Beteiligten wie für den Verfasser unangenehme Diskussion einzutreten, und zwar aus drei Gründen.

(2) Erstens gibt es kaum noch Widerstand gegen die allgemeine Einsicht, daß die Entwicklungsländer – und hier erscheint der Ausdruck einmal fast uneingeschränkt vertretbar, weil es so gut wie keine signifikanten Ausnahmen gibt – ganz allgemein unter einem Defizit funktionierender städtischer und regionaler Systeme leiden, die für das Zustandekommen der modernen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der meisten der älteren Industriestaaten von entscheidender Wichtigkeit waren. Dies ist hier nur als Feststellung, nicht als Wertung zu

1 Der Verfasser hatte sich mit verschiedenen Teilaspekten des angesprochenen Problemfeldes im Rahmen folgender Funktionen zu beschäftigen: Vielfältige Hochschulkontakte, Vortrags- und Seminarveranstaltungen, projektbegleitender Gutachter und Kurzzzeitexperte im Rahmen der deutschen technischen Hilfe, Seminarorganisation und Kurzzzeitexperte für internationale Organisationen, direkte Kurzzzeitberatung von Regierungen.

verstehen. Der Mangel an befriedigenden räumlichen Strukturen zeigt sich in wirtschaftlich relevanter Weise in Form einer weitgehenden Konzentration der modernen Produktionsbereiche auf „die“ Hauptstadt bzw. auf wenige metropolitane Räume eines Landes, die mangels konkurrierender anderer Standort-Städte zu einer räumlichen Verfestigung von wirtschaftlichem und sozialem Dualismus führen. Nur einige wenige der (überwiegend kleineren) Länder haben diese Entwicklung (noch) nicht mitgemacht und leiden dementsprechend unter dem Fehlen von für moderne Produktionen geeigneten bzw. für solche geeignet erscheinenden Standorten. Schließt man sich der vereinfachenden These an, daß einerseits aus gesamt- und außenwirtschaftlichen Gründen, andererseits wegen der notwendigen Schaffung von Absorptionsmöglichkeiten für die von den agrarisch dominierten ländlichen Räumen produzierten demographischen Überschüsse eine Ausweitung des warenproduzierenden Bereichs überall – wenn auch vielleicht in unterschiedlichem Maße – erforderlich ist, und anerkennt man die mit dem rasanten und praktisch unkontrollierten, ja oft kaum kontrollierbaren Wachstum der bestehenden Großagglomerationen verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nachteile und Risiken, die mit den offenkundigen Agglomerationsvorteilen einhergehen, so ist es nur ein kleiner, aber eben sehr schwer zu realisierender Schritt zum Versuch der Durchsetzung der Forderung einer Politik effizienter, raumdifferenzierender Stadt- und Regionalentwicklung. Das Streben nach billiger bzw. effizienter produzierenden räumlichen Strukturen der Landschaften im Gesamtsystem nationaler Entwicklungskonzepte oder auch nur partiell betrachtet erfordert immer höhere Priorität, wenn die eigentlichen Ernährungs- und Versorgungsziele halbwegs erreicht werden sollen.

(3) Zweitens muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland in besonderer Weise einen Erfahrungsüberschuß im Stadt- und Regionalplanungsbereich aufweist, der dem Prozeß des Erfahrungssammelns und der Meinungsbildung in den Entwicklungsländern zugänglich gemacht werden sollte. Zwei wesentliche, uns in der internen Diskussion manchmal selbstverständlich erscheinende Faktoren bestimmen diese hervorragende Stellung: einerseits die insgesamt und auf eine lange Geschichte zurückzuführende kommunalfreundliche Struktur (insbesondere des Raumplanungswesens) der Bundesrepublik, andererseits die föderale Staatsstruktur. Ohne diese beiden Hauptkomponenten hier im einzelnen darstellen und analysieren zu wollen, kann doch festgestellt werden, daß sie zwei Arten von gerade für die von den Entwicklungsländern zu bewältigenden Aufgaben wichtigen Erfahrungen produziert haben, nämlich einerseits die effektive (wenn auch aus interner Sicht durchaus nicht immer befriedigende) Dezentralisierung vieler Entwicklungselemente, andererseits das relativierende und immer wieder Modifizierungen und Anpassungen ermöglichende wie erfordernde Nebeneinander von teilweise sehr unterschiedlichen Planungsansätzen und -lösungen in den einzelnen Ländern, das die Möglichkeit des apodiktischen Rechthabens eigentlich ausschließt (wo es doch vorkommt, ist es personell, sicherlich nicht institutionell zu begründen). Die

Einsicht, daß schleswig-holsteinische Lösungen nicht nur anders sind als baden-württembergische, sondern daß sie ebenso unterschiedlichen Situationen Rechnung tragen und durch das Lernen aus Irrwegen der Nachbarn weiterentwickelt werden können, ist für manchen Planer aus Entwicklungsländern zunächst irritierend, bei näherem Kennenlernen aber oft auch attraktiver als die Konfrontation mit „reinen“ Lösungen, wie sie die meisten anderen Industriestaaten zu bieten haben. Der Verfasser steht nicht an, auch ein moralisches Postulat zur Weitergabe solcher Erfahrungen zu formulieren, weil sie die Notwendigkeit von immerwährenden, immer zu wiederholenden Abwägungen und die damit steigende Chance, zu immerhin vergleichsweise guten Lösungen zu kommen, in eindrucksvoller Weise zu illustrieren in der Lage sind.

(4) Der dritte Grund für die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit der internationalen Planungskoooperation ist ganz egoistischer Art. Nichts kann mehr zum Verständnis der eigenen Situation, ihrer Besonderheiten, der Schwächen und der Stärken früherer und jetziger Problemlösungsansätze beitragen als die intensive, ins Detail gehende Konfrontation mit anderen Fällen, die zwar im Prinzip gleichartige Aufgaben darstellen, im einzelnen aber durch vielerlei und oft radikale Verschiedenheiten gekennzeichnet sind. Von uns aus betrachtet, liegt der potentielle Vorteil einer internationalen Zusammenarbeit – dann, wenn sie ernsthaft, vorurteilslos und auf der Basis von gegenseitigem Respekt durchgeführt wird – vor allem in zwei verschiedenen zu erwartenden Effekten. Erstens wird die Bedeutung von Elementen unserer eigenen Planungs- und Entwicklungsverfahren erkennbar, die man ohne eine solche Konfrontation leicht als Selbstverständlichkeiten hinnimmt und allein dadurch möglicherweise de facto in Gefahr bringt. Zweitens treten in den Entwicklungsländern zwar – systematisch betrachtet – auch keine anderen Raumentwicklungsprobleme auf als bei uns, dafür aber in aller Regel in wesentlich plastischerer, oft in spektakulärer Weise. Damit werden Aufgabenstellungen erkennbar und Bewertungen relativierbar, die sonst eher im Hintergrund oder ganz unerkannt bleiben.

(5) Aus den vorangestellten thesenartigen Überlegungen ist bereits eine Konsequenz zu ziehen, die in der bisherigen Wirklichkeit weitgehend nicht beachtet, manchmal sogar wissentlich außer acht gelassen wird. Es muß nämlich außer Frage stehen, daß an die für internationale Zusammenarbeit im Raumplanungsbereich einzusetzenden Personen und Institutionen die Forderung zu stellen ist, daß langjährige eigene Erfahrungen aus der Tätigkeit in entsprechenden relevanten Bereichen² innerhalb der Bundesrepublik vorliegen. Unbeschadet der auch vom Verfasser vertretenen Sinnhaftigkeit

2 Die Formulierung „aus entsprechenden relevanten Bereichen“ ist bewußt vage gewählt, um keinen der grundsätzlich in Frage kommenden Erfahrungsbereiche a priori auszuschließen. In der Tat können Erfahrungen, die z. B. bei Straßenbaubehörden, Flurbereinigungsämtern oder in Wirtschaftsförderungsinstitutionen gewonnen wurden, genauso relevant sein wie die aus der direkten Arbeit in einer Regionalplanungsinstitution stammenden Einsichten.

des Einsatzes von jungen, am Beginn einer Berufslaufbahn stehenden Projektassistenten auch im Raumplanungsbereich führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß die eigentliche Rolle des kritischen, eben auch notwendigerweise erfahrenen Partners in einem – ob offenkundig oder nur verdeckt – immer normativen, oft auch hochpolitischen Dialog nur von Personen ausgefüllt werden kann, die dies nicht zum ersten oder zweiten Mal tun. Die folgenden Abschnitte, die sich auf die wesentlichen Ebenen des notwendigen Dialoges beschränken, mögen dies verdeutlichen.

II. Polaritäten der Entwicklungsaufgaben im Raumplanungsbereich

(6) Zur Vermeidung allfälliger und in der Praxis leider häufiger Mißverständnisse sei zunächst präzisiert, daß hier Entwicklung als Aufgabe zugleich in transitivem wie in intransitivem Sinne verstanden wird, und daß dies nicht nur nicht als Widerspruch, sondern als notwendige dialektische Polarität angesehen und insoweit positiv gewertet wird. Zugleich muß zugegeben werden, daß das Durchhalten einer solchen abstrakt leicht nachvollziehbaren Position in der Wirklichkeit auf erhebliche Schwierigkeiten trifft, von denen subjektive Verantwortungsbereitschaft und -verpflichtung einerseits und falsch formulierter oder falsch verstandener „Leistungsdruck“ oder „Erfolgszwang“ als die am verheerendsten wirkenden hervorzuheben sind. Dennoch wird längerfristig mit einer auch nur auf einem Minimalniveau befriedigenden Erledigung von Zusammenarbeitsaufgaben im (Raum-) Planungsbereich nur dann mit „Erfolgen“ zu rechnen sein, wenn der öffentlicherseits geleistete, advokatorische Planungs- und Entwicklungsansatz sich im wesentlichen als Initiator von Selbstentwicklungswillen und -fähigkeit versteht und sich damit auch der kritischen Zusammenarbeit mit den Betroffenen aussetzt. Allein die Förderung eines solchen Bewußtseins, das bei uns wegen seiner weitgehend durchgeführten Kodifizierung kaum noch als solches wahrgenommen wird, stellt eine schwierige, aber notwendige Teilaufgabe jeder internationalen Zusammenarbeit dar.

(7) Wenden wir uns nun den die Zusammenarbeit komplizierenden sachlichen Polaritäten zu, so ist wohl an erster Stelle die in den meisten Ländern in radikaler Form auftretende Dichotomie von Entwicklungsmöglichkeiten und -problemen der (großen) städtischen Agglomerationen einerseits und der nationalen oder regionalen Zielvorstellungen andererseits zu nennen. Die typische Opportunitätsabschätzung und -abwägung zwischen Effizienzvorteilen und Gerechtigkeitspostulaten (die ihrerseits oft durchaus effizienzrelevant sein können, auch wenn dies oft nicht erkannt bzw. anerkannt wird) ist natürlich immer ein politisch relevanter Vorgang und als solcher der Mitwirkung ausländischer Planer (zumindest theoretisch) entzogen; dennoch ist die faktische Mitwirkung, entweder durch das unkritische (nicht auf erkennbare, konträr wirkende Implikationen hinweisende) Hinnehmen von vorgegebenen Grundentscheidungen oder durch das technokratisch getarnte Präjudizieren späterer (formeller) „Entscheidungen“ auf methodischem Wege, gar

nicht auszuschließen. Dies als typisches, nicht vermeidbares Dilemma (das sowohl das Verhältnis der Ausländer zu den beratenden Verantwortlichen als natürlich auch das Verhältnis zwischen den im nationalen Bereich Mitwirkenden verschiedener Funktion und Kompetenz betrifft) zu erkennen, zu verstehen und hinzunehmen und unbeschadet dessen zugleich regelmäßig auf die vorzunehmenden Abwägungen und deren Rechtfertigungserfordernis hinzuweisen, stellt ein abstraktes, aber für die für das Lösen praktischer Aufgabenstellungen zu entwickelnde Problemstrukturierungsfähigkeit unerlässliches Element der Zusammenarbeit dar.

(8) Erschwert wird diese Aufgabe dadurch, daß ebenso regelmäßig die zweite Polarität zwischen kurzfristigen Forderungen und Verbesserungsmöglichkeiten einerseits und langfristigen Entwicklungszielsetzungen andererseits Entscheidungen zwischen (sich meistens ausschließenden) Alternativen erforderlich macht. Die Erfahrung hat bisher gezeigt, daß in den allermeisten Fällen eine der relativ leichten Extremösungen gewählt wird, nämlich entweder die Konzentration auf ein kurzfristig orientiertes (allenfalls mit „Langfristdekorationen“ verbrämtes) inkrementales Konzept, oder die Ausarbeitung von unverbindlich und meist irrelevant bleibenden langfristigen Struktur- oder Perspektivplänen. Natürlich ist es unangenehm, eine vordergründig mögliche – und von manchem Beteiligten aus unterschiedlichen Motiven gewünschte – formale Harmonie in Frage zu stellen, indem man deren Anforderungen an die Verfügbarkeit und an die Steuerbarkeit der benötigten Ressourcen untersucht. Gerade weil diese Aspekte auch bei uns oft außer acht gelassen werden (und dies auch meist vergleichsweise leicht mit dem Hinweis auf die generelle Marginalität von Strukturänderungen gerechtfertigt werden kann), werden sie auch bei Zusammenarbeitsprojekten fast regelmäßig vernachlässigt, zumal die nationalen Verantwortlichen – aus Unerfahrung oder aus anderen Motiven – praktisch niemals derartige Forderungen stellen, und wenn sie dennoch wenigstens genannt werden, dann nicht durchsetzen. Im Hinblick auf die meist brisante Ressourcenknappheit der meisten Entwicklungsländer³ muß gerade in diesem Bereich eine hohe Anforderung an die Verantwortungsbereitschaft der ausländischen Berater gestellt werden, der zu entsprechen für den einzelnen nicht zuletzt oft deswegen sehr schwer ist, weil das letztendliche Hinnehmen von unbegründet oder „falsch“ erscheinenden nationalen Entscheidungen unabdingbar und konstitutiv dazugehört. Wie praktisch alle Erfahrung zeigt, können zieladäquate Änderungen von Raumstrukturen bzw. von Tendenzen räumlicher Strukturentwicklungen nur längerfristig – in Zeiträumen, die in Dekaden und nicht in Jahren gemessen werden – erreicht werden, so daß sie insoweit von vornherein und immer im Widerspruch zu den kurzfristig und mit größerer Sicherheit abschätzbaren, an unmittelbarem „Bedarf“ orientierten Aktionen stehen.

3 Für die – temporär – durch Ressourcenüberschüsse gekennzeichneten Ausnahmesituationen einiger weniger Entwicklungsländer scheint das Argument in umgekehrter Weise ähnliche Gültigkeit zu haben, da die Chance von Fehlallokationen bei Überfluß offensichtlich in ähnlicher Weise besteht wie bei krassem Mangel mit Perspektivlosigkeit.

(9) Ein dritter mit großer Regelmäßigkeit in Erscheinung tretender Konflikt betrifft die Antinomie von Integrationszielsetzungen auf der einen Seite und von Realitätsbezug auf der anderen Seite. Da es in diesem Bereich typischerweise um quantitative Abschätzungen im Hinblick auf qualitative Ziele geht und damit ein zusätzliches Unsicherheitselement zu den „normalen“ Prognoseschwierigkeiten hinzutritt, ist auch hier die simple Entscheidung für die eine oder die andere Richtung unter Verzicht auf den mühsamen und risikoreichen Abwägungsprozeß eine naheliegende und regelmäßig gewählte, der Aufgabe des kritischen Dialogpartners aber nicht gerecht werdende Verhaltensweise.

(10) Viertens stehen vielfach Zielsetzungen der Schaffung von institutioneller Sicherheit und Konstanz als entscheidenden Stabilitätselementen für alle Entwicklungsbemühungen mit den Notwendigkeiten flexibler Handhabungen und rechtzeitiger Anpassung bestehender Regelungen im Hinblick auf erkennbar werdende neue Anforderungen im Widerspruch. Bei uns werden im Einzelfall erforderlich werdende Anpassungen bestehender Pläne oder Verfahrensvorschriften als durchaus mögliche Ausnahmen in aller Regel „politisch“ gelöst. In den meisten Entwicklungsländern gibt es zwar auch vergleichbaren (und vielfach sehr viel stärker in Erscheinung tretenden) Interessendruck, aber nicht die Normalerwartung an das Exekutivverhalten, die Abweichungen von geltenden Regelungen eben als in besonderer Weise zu regelnde Ausnahmen einzuordnen. So entsteht eine als solche nicht wünschbare faktische Diskontinuität der meisten Verfahren und Planungen, die zur Diskreditierung von Planungsansätzen generell und von langfristig konzipierten Raumplanungsansätzen im speziellen beiträgt. Dem entgegenzuwirken bzw. die nationalen Verantwortlichen bei entsprechenden Interessen- und Zielabwägungen in nicht-präjudizierender Weise zu unterstützen, ist als weitere, in der Regel vor allem auch juristisches, insbesondere rechtssystematisches und rechtspolitisches Verständnis und Erfahrung voraussetzende wichtige Teilaufgabe anzusehen.

(11) In ähnlicher Weise problematisch sind – fünftens – Entscheidungen über Planungsannahmen, Planvarianten und Instrumentenkonzepte, die individuelle und gesellschaftliche Verhaltensmuster betreffen. Steht Planung immer in dem Dilemma, sich für mehr Respekt vor Tatsächlichem (wie auch immer Zustandegekommenem) oder für mehr Verändernwollen entscheiden zu müssen, so sind solche Entscheidungen in den oft radikale Änderungen erstrebenden politischen Systemen von Entwicklungsländern ungleich gewichtiger und noch weniger verdrängbar. Hier wird die metapolitische, gesellschaftspolitische Grundvorstellungen berührende Komponente von Raumordnung und Raumplanung deutlich, die die Mitwirkungsmöglichkeiten von Ausländern in enge Grenzen verweist.

(12) Sechstens schließlich wird Planung in den meisten Ländern der Dritten Welt vielfach sehr viel stärker als bei uns vor Entscheidungen gestellt, die unmittelbar sich widersprechende Interessen berühren. Für Berater aus den reicheren

der westlichen Industriestaaten ist es oft schwer, Verständnis für Lösungsvorschläge aufzubringen, die in unseren Ländern verteilungspolitisch nicht diskutabel wären, manchmal sogar amoralisch erscheinen. Die Tatsache, daß es auch in den meisten Entwicklungsländern einen offenen oder latenten Konflikt zwischen operational interessierten „Etablierten“ und sozialkritisch motivierten, meist jüngeren „Progressiven“ gibt, stellt den Ausländer vor zusätzliche Konflikte, die zudem oft persönliche Dimensionen annehmen. Das einfache Verdrängen hilft erfahrungsgemäß keiner der beiden Seiten und geht mit dem Verlust gegenseitigen Respekts einher; das offene Ausdiskutieren ist ebenfalls oft nicht möglich. So liegt in der hier angesprochenen Problematik wohl die potentiell gravierendste Hypothek einer effizienten, auch die schwierigen Fragen ansprechenden Planungszusammenarbeit.

III. Dialektische Zusammenarbeit als Ausweg

(13) Hält man sich erstens die mit den dargestellten Antinomien grundsätzlichen Typs verbundenen Durchführungsschwierigkeiten vor Augen, nimmt man zweitens zur Kenntnis, daß praktisch alle Länder (zumindest unter Effizienzgesichtspunkten) gravierende räumliche Probleme haben und daß drittens Lösungen „aus dem Lande“ („von unten“) aus vielerlei Gründen (jetzt und auf absehbare Zeit) nicht zu erwarten sind, und bezieht man viertens eine Position, daß „advokatorische“ Hilfe von außen wegen der eminenten normativen Implikationen nicht zu rechtfertigen ist, dann verbleibt als Lösung nur ein Verfahren der dialogischen Zusammenarbeit im Sinne eines auf systematische Konfrontation mit Frage-Kategorien und Implikationen angelegten Trial-and-error-Ansatzes, der hier als dialektische Zusammenarbeit apostrophiert wird. Hierunter wird eine rekurrende Sequenz folgenden Grundtyps verstanden. Zunächst obliegt es dem ausländischen Kooperationspartner, aufgrund einer ersten (oft aus dem Lande bzw. aus der Region oder aus dem Siedlungsgebilde gesteuerten) Problemprezeption einen Konsistenz- und Realisierungsansprüchen genügenden Vorgehensvorschlag vorzulegen. In einem zweiten Schritt, das heißt während der ersten Phase der institutionalisierten Zusammenarbeit, ist der beratenen Institution zu einem kritischen Verständnis der normativen wie der faktischen Implikationen dieses ersten Vorschlages zu verhelfen, damit ein Infragestellen aus dem Lande und das Entwickeln von Alternativvorstellungen möglich wird. Das – mehr oder minder – antithetische Ergebnis dieses Schritts ist dann vom Berater einerseits hinzunehmen, andererseits aber möglichst gemeinsam mit der oder den Institution/en des Landes auf vorher nicht berücksichtigte Implikationen, insbesondere hinsichtlich von Ressourcen und von Instrumenten, hin zu untersuchen. Dieses zweite Ergebnis wäre dann wieder zu evaluieren, zu modifizieren und erneut zur Diskussion zu stellen, und so fort. Das diesem Vorgehen zugrunde liegende, in der Unstrukturiertheit der Planungssituationen, der faktischen Planungsinkompetenz der zuständigen Institutionen und der in den allermeisten Fällen praktisch fehlenden (ausreichenden) rechtlichen Absicherung und Verankerung von Raum-

planungen begründete prozessuale Planungsverständnis schließt aber keineswegs aus, daß auch formelle, temporäre Gültigkeit beanspruchende und erhaltende Planungsergebnisse (Pläne) erstellt werden. Solche Pläne können tatsächlich wichtige, die Diskussion befruchtende und Erfahrungen produzierende Entwicklungselemente darstellen, auch wenn sie unseren Vorstellungen oft nicht entsprechen und auch wenn ihre Implementierung von vornherein zweifelhaft ist.

(14) Im Sinne des skizzierten Kooperationskonzeptes wird die zentrale Bedeutung der personellen Komponente jeder auf wirkliche Unterstützung einer Entwicklung angelegten Kooperation im Raumplanungsbereich deutlich. Neben den schon angesprochenen fachlichen Erfahrungen und persönlichen Qualitäten, die grundsätzlich zu fordern sind, sind zwei weitere institutionelle Probleme anzusprechen. Das erste hängt damit zusammen, daß die im dargelegten Sinne eigentlich erforderlichen Berater auch bei uns nur knapp vorhanden und in aller Regel in formellen Verantwortungsbereichen fest eingebunden sind; überwiegend, aber nicht ausschließlich, handelt es sich um Angehörige des öffentlichen Dienstes. Deren Freistellung für Aufgaben der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist zwar im Prinzip möglich, faktisch aber bisher jedenfalls für die höheren Ebenen völlig unbefriedigend geregelt. Möglichkeiten, die Mobilität zu fördern und den vielfach durchaus vorhandenen Willen zur Mitwirkung an Auslandsplanungen zu aktivieren, sind vorstellbar; wegen der damit verbundenen vielfältigen Einzelfragen rechtlicher Art wird hier allerdings von einer Behandlung abgesehen, zumal dies auch über das Anliegen des Themas hinausginge. – Ein zweites, ähnliches Problem

betrifft diejenigen Mitarbeiter an Planungsprojekten, die in erster Linie für die Bearbeitung der vielfältigen und in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzenden administrativen und technischen „Sekretariats“-Funktionen benötigt werden und die nicht unbedingt auf die gleichen eigenen Erfahrungen wie der „Berater“ zurückzublicken brauchen. Diese Personengruppe wird heute überwiegend ad hoc rekrutiert; Ausnahmen gibt es bei einigen wenigen gut organisierten Beratungsfirmen („consultings“), doch erscheint deren Einschaltung in einen so sensiblen öffentlichen Bereich keine generell vertretbare Lösung. So bleibt auch für diesen Bereich die Aufgabe, adäquate und realisierbare Berufswege zu definieren und durchzusetzen, so wie dies in älteren Bereichen der technischen Zusammenarbeit, insbesondere dem landwirtschaftlichen Bereich, schon in guten Ansätzen erfolgt ist.

(15) Als Fazit ist die These aufzustellen, daß eine generell befriedigendere Bewältigung der unbestritten wichtigen Aufgabe internationaler Zusammenarbeit im Bereich der Raumplanung in der Bundesrepublik ein grundlegendes Neubessinnen im Hinblick auf die eigentlichen Inhalte und weg vom „Erledigen“ technokratisch definierter Einzelschritte sowie die Schaffung adäquater institutioneller und personeller Voraussetzungen erfordert. Es wäre an der Zeit, die vielfältig vorhandenen Erfahrungen in einer kleinen Kommission von Fachleuten unterschiedlicher Herkunft aufzuarbeiten und in realisierbare Vorschläge an die zuständigen Institutionen umzuformen. Es steht außer Frage, daß eine Intensivierung der Leistungen der Bundesrepublik auf diesem Gebiet nicht nur wünschenswert und möglich ist, sondern auch außenpolitisch ertragreich wäre.